

07.06.2017 – PM 53/2017

SPD-Rentenkonzept

Verantwortlich
Ruprecht Hammerschmidt

Telefon 069-95 737 135
Fax 069-95 737 138

presse@igbau.de
www.igbau.de

IG BAU begrüßt Plan zur Stärkung der gesetzlichen Rente

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) begrüßt das heute (für die Red. 7. Juni 2017) vorgestellte Rentenkonzept der SPD. „Der Vorschlag der SPD zeigt, dass sie verstanden hat. Endlich werden wieder die Menschen in den Fokus der Rentenpolitik gestellt. Das ist höchste Zeit. Zu lange wurde die Leistung der Rentenversicherung völlig außer Acht gelassen. Mit der Fixierung auf das gescheiterte Riester-Modell wurden die Bürger mit der Frage, wie es im Alter weiter geht, geradezu im Stich gelassen. Das jetzt vorgelegte Konzept schafft die von uns geforderte Trendwende“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. „Das wichtigste Signal ist die Stabilisierung des Rentenniveaus auf 48 Prozent in einem ersten Schritt. Perspektivisch muss aber in einem weiteren Schritt die Erhöhung des Rentenniveaus angestrebt werden. Denn Armut im Alter darf es nicht geben. Mit der Stabilisierung zeigt die SPD, dass sie die Sorgen vieler Arbeitnehmer vor dem sozialen Abstieg nach ihrem Berufsleben ernst nimmt.“

SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz hat angekündigt, dass die SPD nach der Bundestagswahl ein Gesetz mit doppelter Haltelinie auf den Weg bringt. Danach soll das Rentenniveau in einem ersten Schritt bis 2030 auf den derzeitigen Stand von 48 Prozent stabilisiert werden. Gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass der Beitragssatz nicht über 22 Prozent steigt. Dazu sollen Menschen, die lange gearbeitet haben, am Ende nicht nur eine Rente auf Grundsicherungsniveau erhalten, sondern eine Solidarrente die zehn Prozent über der Grundsicherung liegt. Zudem sollen auch Selbstständige in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden.

„Deutschland kann mit diesem Konzept deutlich gerechter werden. Die Einbeziehung von Selbstständigen in die gesetzliche Rente ist überfällig. Es ist unmoralisch, sich aus der Solidargemeinschaft zu verabschieden, wohl wissend, dass genau diese Gemeinschaft einen mit der Grundversorgung auf fängt, wenn das vermeintlich lukrative private Rentenmodell geplatzt ist“, sagte Feiger. „Nach unserer Vorstellung muss die Versichertenbasis jedoch noch viel breiter aufgestellt werden. Konsequenterweise ist nur eine gesetzliche Rentenversicherung für alle.“